

Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon

Verabschiedung des Gemeinderats 2004 - 2009

**Dienstag, 28. Juli 2009
Neuer Ratssaal**

**Sperrfrist: Beginn der Rede
Es gilt das gesprochene Wort**

Anrede

ich begrüße Sie herzlich zur letzten Sitzung des Gemeinderats in der Wahlperiode 2004 bis 2009. Es ist eine besondere Sitzung – die 70. seit der Konstituierung am 14. September 2004, nämlich die einzige Sitzung dieser Wahlperiode, in der es tatsächlich nichts zu abzustimmen gibt und keine Sachpunkte auf der Tagesordnung stehen. Wir haben uns in den letzten Sitzungen diszipliniert und bis zum vorletzten Dienstag die Dinge erledigen können, die noch vor der Sommerpause zu erledigen waren. Deshalb soll diese Sitzung heute vor allem ein Anlass sein, auf die Zusammenarbeit der letzten fünf Jahre zurück zu schauen, vor allem aber Danke zu sagen an alle Mitglieder des Gemeinderats, und vor allem an die 17 Kolleginnen und Kollegen, die heute zum letzten Mal dabei sind.

Meine Damen und Herren, ich begrüße herzlich auch die Partnerinnen und Partner, die wir zu diesem Anlass eingeladen haben. Ich freue mich, dass zwar nicht alle, aber doch einige heute gekommen sind. Ihnen gilt an erster Stelle ein Dankeschön. Sie haben in den letzten fünf Jahren oder noch länger viele Abende und Nachmittage auf den Ehemann oder Vater, auf die Ehefrau oder Partnerin oder Mutter verzichten müssen, weil sie an Sitzungen oder Besprechungen oder sonstigen Terminen teilgenommen haben. Das Mandat als Stadträtin oder Stadtrat ist ein bürgerliches Ehrenamt im besten Sinne des Wortes. Vielen Menschen ist nicht bewusst, wie viel Zeit dieses Amt kostet. Sie, die Partnerinnen und Partner wissen das aus eigener Erfahrung – ich füge zu: oft auch leidvoller – Erfahrung. Das verlangt viel Verständnis und die Bereitschaft, sich auf den Sitzungskalender des Gemeinderats und auf die vielen anderen Termine einzustellen.

Meine Damen und Herren, ehe ich auf einzelne politische Punkte der Amtszeit zu sprechen komme, steht ein Dank an den ganzen Gemeinderat. Wir haben Ihnen eine kleine Zusammenstellung der wichtigsten Beschlüsse und Ereignisse und eine Sitzungsstatistik der letzten Jahre ausgelegt. Die vielen Daten und Zahlen machen vor allem eines deutlich: Es waren fünf arbeitsreiche Jahre. Wir haben zwar „nur“ einschließlich der heutigen Sitzung 70mal getagt, das ist die niedrigste Zahl an Sitzungen der letzten 20 Jahre. Aber wir haben 1145 Drucksachen behandelt und entschieden – das sind deutlich mehr als in den früheren Wahlperioden. Das zeigt, dass wir in diesen fünf Jahren vieles vom Tisch bekommen haben, übrigens bei gleicher durchschnittlicher Sitzungsdauer wie in der letzten Periode, auch wenn manche Sitzungen „gefühlte“ länger waren. Alle Daten und eine ausführliche Statistik finden Sie in der Zusammenstellung des Ratsbüros.

Meine Damen und Herren, hinter der langen Themenliste stehen in vielen Fällen lange und häufig auch sehr kontroverse Debatten. Wir haben uns viele Entscheidungen nicht leicht gemacht, sondern im Austausch der Argumente um den besten Weg gestritten. Das ist das Grundprinzip der Demokratie. Aber genau so ist ein gutes demokratisches Prinzip, dass kontroverse Diskussionen zu Kompromissen und Lösungen im Sinne der ganzen Stadt führen. Das funktioniert, weil wir unsere Diskussionen offen austragen, aber in einer fairen und sachlichen Form. Gerade dieses Klima des persönlichen Respekts, des fairen Umgangs und der Unterscheidung zwischen Sache und Person zeichnet diesen Gemeinderat und die Zusammenarbeit aus. Für diese gute und sachliche Atmosphäre möchte ich besonders danke sagen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich vor der persönlichen Verabschiedung der ausscheidenden Mitglieder einige politische Schwerpunkte in Erinnerung rufen, die uns in diesen fünf Jahren begleitet haben, und von denen einige uns auch im neuen Gemeinderat beschäftigen werden.

Ich nenne als markanten Punkt die städtischen Finanzen und den Haushalt. Meine Damen und Herren, als sich der Gemeinderat am 14. September 2004 konstituiert hat, da haben wir zum ersten Mal unter dem Stichwort „Verwaltungsreform“ über die Notwendigkeit tiefgreifender Strukturveränderungen gesprochen. Den Anstoß dazu hatte die Haushaltslage gegeben, die nach dem bereits schwierigen Jahr 2003 sich nochmals verschlechtert hatte. 2005 hat uns dann in einer Dramatik getroffen, die bis dahin außerhalb aller Vorstellungskraft lag.

Wo stehen wir heute? In der letzten Sitzung vor zwei Wochen stand der Finanzbericht auf der Tagesordnung. Wir müssen uns 2009 und vor allem 2010 darauf einstellen, dass wir wegen der Wirtschafts- und Finanzkrise erhebliche Einbußen hinnehmen müssen. Darauf sind wir vorbereitet, und diese Aufgabe ist leistbar.

Deshalb ist die Situation heute nicht vergleichbar mit dem 14. September 2004. Die Stadtfinanzen waren ein roter Faden dieser Wahlperiode, aber sie sind glücklicherweise nicht mehr ein Thema der roten Zahlen. Meine Damen und Herren, wir sind heute solide aufgestellt. Der Haushalt erwirtschaftet weit über die Mindestzuführung hinaus Mittel für Investitionen, die wir aus eigener Kraft und ohne neue Schulden finanzieren können. Und: Zum ersten Mal seit Jahrzehnten sind wir nun in der Lage, nennenswert auch Schulden abzubauen. Daran war 2004 noch nicht zu denken. Heute ernten wir also die Früchte des Spar- und Konsolidierungskurses, auf den wir uns vor fünf Jahren verständigt haben. Sicherlich:

Wir hatten Glück, dass die Konjunktur ab 2006/2007 angezogen hat. Das hat uns erhebliche Mehreinnahmen beschert. Aber wir haben uns auch selbst angestrengt, vor allem in unserer eigenen Verwaltung bei den Personal- und Sachkosten gespart. Heute geben wir jährlich rund 30 Millionen Euro weniger an Eigenverbrauch aus, als wenn wir die Dinge hätten laufen lassen.

Dieser Prozess war deshalb erfolgreich, weil sich der Gemeinderat über die wesentlichen Ziele einer besseren Wirtschaftlichkeit und größerer Effizienz überwiegend einig war. Er war auch erfolgreich, weil unsere eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Personalvertretungen diesen Weg konstruktiv mitgegangen sind. Deshalb habe ich auch Anlass, den Dezernenten und Ämtern zu danken, stellvertretend für alle der Projektgruppe Verwaltungsreform, die seit Anfang 2005 mehr erreicht hat als manche damals erwartet haben.

Meine Damen und Herren, ich nenne in diesem Zusammenhang auch den Bürgerentscheid von 2006. Und ich erinnere daran, dass die damals katastrophale Haushaltslage der Grund für diesen Vorschlag gewesen ist. Es geht heute nicht darum, die Debatte von damals neu aufleben zu lassen. Ich erwähne die Abläufe im Spätherbst 2006 vor allem deshalb, weil sie symptomatisch gewesen sind für die Achterbahnfahrt unseres Haushalt. Deshalb war es ein Ziel, die von außen kommenden Ausschläge - vor allem die Ausschläge nach unten! – aus eigener Kraft abzubremsen und uns selbst wieder auf haushalterisch stabile Füße zu stellen. Dies ist aus eigener Kraft gelungen, und es versetzt uns in die Lage, dass wir die aktuelle Delle in der Konjunkturentwicklung vergleichsweise gelassen und stabil bewältigen können – immer vorausgesetzt, es bleibt bei einer kräftigen Delle. Nach allem, was wir heute wissen und überblicken können, wird dies der Fall sein.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen weiteren Punkt nennen: Die bauliche Entwicklung, wozu ich auch das Thema Wohnversorgung rechne. Ich erinnere daran, dass 2006 fast einstimmig der Flächennutzungsplan 2020 entschieden worden ist. Wir müssen uns immer wieder bewusst machen, wie wichtig dieses Planwerk als „Drehbuch“ unserer Stadtentwicklung ist. Der FNP setzt den Rahmen dafür, dass wir Flächen für den Wohnungsbau ausweisen konnten und weiter ausweisen werden, um damit den Bedarf an Wohnraum zu decken. Das bedeutet auch: Ein ausgeglichener Markt, in dem neue Wohnungen gebaut werden und die Menschen ein gutes und bezahlbares Angebot finden, dämpft die Mietentwicklung.

Hier ist die Freiburger Stadtbau ein wichtiges Instrument. Die neuen Wohnungen, die jetzt zum Beispiel in Haslach, in Weingarten oder im Stühlinger und an anderen

Standorten gebaut werden, sind Teil des vermutlich größten Investitionsprogramms in der 90jährigen Geschichte der Gesellschaft. Hinzu kommt das große Sanierungspaket vor allem mit Weingarten-West, das immer wieder Gegenstand im Gemeinderat war, um für die Menschen sozial ausgewogene und bezahlbare Mieten zu gewährleisten. Wir haben die Spielräume des Haushalts genutzt, um die FSB mit Kapital auszustatten. Das Ergebnis ist ein Wohnungsbau- und Sanierungsprogramm, von dem vor allem die Mieterinnen und Mieter profitieren werden.

Ich erwähne beim Thema Wohnen auch die Entscheidungen zur Mietobergrenze, zum Mietspiegel, das Programm für Alt-Haslach – die Reihe ließe sich fortsetzen. In diesem Kontext ist auch zu erinnern Vorhaben wie

- Coats-Mez,
- Erschließung Innere Elben
- Alter Sportplatz Opfingen sowie
- Bebauungsplan für den früheren VAG-Betriebshof Nord.
- Aktuell kommt hinzu Gutleutmatten in Haslach als eines der großen Wohnungsbauvorhaben der kommenden Jahre.

Sie – und viele andere Wohnungsbauvorhaben - machen deutlich: Dieser Gemeinderat hat das Thema einer sozialen Wohnversorgung und eines ausgeglichenen, bezahlbaren Wohnungsmarkts sehr ernst genommen und vieles auf den Weg gebracht, was noch lange nachwirken wird.

Meine Damen und Herren, Stadtentwicklung geht über den Sektor der Wohnraumversorgung hinaus. Ich erinnere beispielhaft nur an einige Projekte, die das Gesicht der Stadt positiv verändern werden und gleichzeitig auch wirtschaftliche Belebung bringen:

- Wir haben endlich und nach einem quälend langen Vorlauf eine Lösung für das frühere Brielmann-Gelände verabschieden können und das Baurecht geschaffen.
- Das Projekt Bakola, künftig „Quartier Unterlinden“ ist in Bau.
- Das frühere Expressgut-Areal ist bebaut und hat den Schlussstein für die Umgestaltung des westlichen Innenstadtrands gesetzt
- Der Güterbahnhof Nord wird zu einem „Wissensbahnhof“ und zur wichtigsten Fläche für Gewerbe und Dienstleistungen.

- Und schließlich: Die beiden neuen Stadtteile Rieselfeld und Vauban sind auf der „Zielgeraden“ und haben in dieser Wahlperiode ihr endgültiges Gesicht bekommen. In wenigen Monaten läuft die Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Vauban aus; das Projektmanagement für das Rieselfeld werden wir in den nächsten Jahren ebenfalls Schritt für Schritt zurückfahren können, wenn die letzten Grundstücke vermarktet und bebaut sind.

Meine Damen und Herren, all diese Vorhaben haben ihren Ursprung im Flächennutzungsplan. Er wird auch weiter den Rahmen für eine Entwicklung setzen, die nicht etwa hemmungsloses Wachstum bedeutet, sondern die von einem behutsamen Umgang mit Flächen ausgeht, mit dem Vorrang der Innenentwicklung vor neuen Flächen im Außenbereich. Das ist ein Rahmen, der zu unserer Stadtpolitik passt und im besten Sinne des Wortes das Prädikat „nachhaltig“ verdient.

Ich knüpfe hier an die Umweltpolitik an, weil wir auch hier zu Recht von „Nachhaltigkeit“ als der wichtigsten Leitlinie ausgehen können. Noch nie in der Geschichte des Gemeinderats ist das Thema Klimaschutz so sehr in den Vordergrund gerückt wie in dieser Wahlperiode. Ich erinnere an die Beschlüsse vom Sommer 2007 und ein Jahr später 2009, mit denen wir die Ziele der CO₂-Reduktion definiert haben und daraus einen konkreten Maßnahmen- und Umsetzungskatalog entwickelt haben. Es ist für eine Stadt, die nicht über eigene Kraftwerks-Kapazitäten verfügt, ein ambitioniertes Ziel, die CO₂-Emissionen bis 2030 um 40 Prozent zu senken. Aber ich füge hinzu: Dieses Ziel ist nicht unrealistisch, wenn wir konsequent bei unserer Linie bleiben. Freiburg ist schon heute eine der ganz wenigen deutschen Großstädte, in denen die CO₂-Emissionen tatsächlich zurück gehen. Wir haben dies auf verschiedenen Wegen erreicht und werden bei dieser Linie bleiben:

1. Erneuerbare Energien nutzen
2. Energie sparen, konkret: Häuser energetisch sanieren, wie wir dies beispielsweise in Weingarten und in unseren eigenen Schulen und Kindergärten tun, und
3. Energie effektiv nutzen, durch Kraft-Wärme-Koppelung.
4. den Autoverkehr reduzieren und öffentlichen Nahverkehr ausbauen.

Wir haben uns in den letzten fünf Jahren nicht nur Ziele gesetzt, sondern gerade in der praktischen Umsetzung vieles auf den Weg bringen können. 2006 ist die Stadtbahn Vauban in Betrieb gegangen, die Linie Güntertal ist saniert, in der Habsburger Straße wird gearbeitet, und für die großen Projekte Zähringen und Rotteckring/Messe sind die Weichen gestellt.

Die Nutzung erneuerbarer Energien ist ein Thema, das uns inzwischen weltweit bekannt macht, zuletzt mit der Intersolar in San Francisco. Nur eines von vielen Beispielen: Seoul als eine der größten Städte der Welt mit über 11 Millionen Einwohnern und 20 Millionen in der Region sucht konkret die Zusammenarbeit mit uns, um unser Know How und unsere Erfahrungen in der Solartechnologie nutzen zu können. Das ist eine eindrucksvolle Bestätigung und Anerkennung dafür, was hier im Gemeinderat entwickelt und umgesetzt worden ist. Wir werden im kommenden Jahr auf der EXPO in Shanghai präsent sein als Best Practise-Beispiel. Diese Reihe ließe sich fortsetzen.

Meine Damen und Herren, unsere Politik hat einen Namen „Green City“. Dieser Begriff steht weltweit als Synonym für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Wir wollen diesen guten Namen auch weiterhin wahren. Deshalb werden wir nicht stehen bleiben, sondern wir werden unsere Ziele und die Umsetzung immer wieder kritisch hinterfragen und aktuell anpassen. Nirgendwo sonst ist das Wort „Der Weg ist das Ziel“ so sehr angebracht wie in der Umweltschutzpolitik.

Lassen Sie mich schließlich als dritten Schwerpunkt das Themenfeld „Bildung und Betreuung“ nennen. Meine Damen und Herren, man muss in der Stadtgeschichte lange suchen, um einen Vergleich mit unserem aktuellen Schulprogramm zu finden. Das Gebäudemanagement investiert im laufenden Doppelhaushalt 2009/2010 (Verwaltungs- und Vermögenshaushalt) rund 80 Millionen Euro, und davon sind mindestens drei Viertel Investitionen in Schulen. Wir bringen damit die Bausubstanz in Ordnung, wir sanieren energetisch und sparen damit Heiz- und Bewirtschaftungskosten, und wir erhalten und steigern damit den Wert städtischen Vermögens. Tatsächlich sprechen wir über sehr viel höhere Summen, weil die meisten Projekte noch über 2010 hinaus kassenwirksam sein werden; allein die drei Großbaustellen Rotteck, Wentzinger und Theodor-Heuss-Gymnasium sind jeweils Projekte von mehr als 20 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, ich knüpfe noch einmal daran an, was ich zum Haushalt ausgeführt habe. Wir profitieren einerseits von steigenden Steuereinnahmen, die uns zusätzlich Luft im Haushalt verschafft haben. Wir profitieren aber im gleichen Maße von unseren eigenen Anstrengungen und den Erfolgen unseres

Konsolidierungskurses der letzten fünf Jahre. Ohne diese Spielräume wären wir heute nicht in der Lage, nun das zu leisten, was in früheren Jahren leider allzu lange versäumt worden ist.

Wir sprechen hier gewissermaßen über die Hardware: intakte Schulgebäude. Hardware und Software gehören zusammen. Ich meine mit „Software“ den Neustrukturierungsprozess bei den Inhalten und inneren Strukturen von Schule, Bildung und Betreuung. Die letzte Wahlperiode des Gemeinderats hat die Veränderungen und Erneuerungen in diesem Sektor sichtbar gemacht. Konkret sind dies eine stärkere Verzahnung zwischen der kommunalen Schulträgerschaft und den Bildungsinhalten und Bildungszielen des Landes. Es kann und wird auf Dauer nicht so bleiben, dass das Land für die Talente und die Stadt für die Toiletten zuständig sind. Deshalb wir sind dabei, uns stärker miteinander zu verzahnen und bessere Kooperationen zu schaffen. Ich erwähne hier die Bildungsregion und das Regionale Bildungsbüro, wo diese Prozesse initiiert und begleitet werden. Im Dezember 2008 ist der erste Freiburger Bildungsbericht erschienen, aus dem ich zwei Ergebnisse nennen will.

Erstens: Wir verfügen über eine gut gegliederte Bildungslandschaft mit einer hohen Zufriedenheit der Schüler, Lehrer und Eltern. Mit dem Projekt „Lernen erleben in Freiburg“ (LEIF) wollen wir diese Strukturen weiter stärken und ausbauen.

Zweitens: Wir müssen mehr tun für die jungen Menschen, die aufgrund ihrer Herkunft und wegen mangelnder Sprachkenntnisse gegenüber anderen benachteiligt sind. Dies wird in den Hauptschulen deutlich, wenn ein hoher Prozentsatz der Abgänger mit Migrationshintergrund die Schule ohne Abschluss und damit ohne Chance auf eine qualifizierte Berufsausbildung verlässt. Deshalb hat der Gemeinderat dankenswerterweise einen Akzent in der Sprachförderung, beim Ausbau der Schulsozialarbeit und mit begleitenden Programmen an der Schnittstelle zur betrieblichen Ausbildung gesetzt.

Lassen Sie mich unter dem Stichwort „Software“ besonders einen Beschluss nennen. Der Gemeinderat hat zum Jahresbeginn 2008 entschieden, dass wir Kindern aus einkommensschwachen Familien in Ganztagschulen und Kitas das Mittagessen bis auf einen Eigenanteil von einem Euro bezahlen. In der Öffentlichkeit ist dieses Modell als „Ein-Euro-Essen“ bekannt. Ich darf hier noch einmal danken für die Entschlossenheit, mit der eine sozialpolitische Ungerechtigkeit repariert worden ist, die der Gesetzgeber verursacht hat. Viel wichtiger ist mir aber: Wir helfen damit den Schwächsten in der Gesellschaft, nämlich Kindern. Es wäre ein Skandal, wenn sie

anderen Kindern beim Essen zusehen müssten, nur weil sich Bund und Land nicht einigen können.

Bildung und Betreuung sind nicht mehr voneinander zu trennen. Meine Damen und Herren, in der vorletzten Sitzung haben wir neue Förderrichtlinien für Kindergärten und –tagesstätten verabschiedet. Wir arbeiten mit Hochdruck daran, bei der Betreuung der Kinder unter drei Jahren die Versorgungsquote von 39 Prozent zu erreichen, weil die Nachfrage riesengroß ist. Im Vergleich zu 2004 haben sich die Ausgaben für Kindergärten und Tagesstätte einschließlich der Betreuung bis drei Jahre mehr als verdoppelt.

Ich beklage das nicht, ganz im Gegenteil. Sondern ich bin froh, dass wir neben dem quantitativen Umbau auch die qualitativen Veränderungen einleiten können, hin zu frühkindlicher Bildung und Erziehung. Ich bin davon überzeugt, dass die scharfe Trennlinie zwischen Kindergarten und Schule immer mehr verwischen wird, sondern dass Bildung mehr und mehr in Kindertageseinrichtungen beginnen wird. Dafür haben wir räumliche und personelle Voraussetzungen geschaffen, aber wir sind noch längst nicht am Ziel. .

Meine Damen und Herren, dies war eine kleine Tour d’Horizont durch die wichtigsten Themenfelder der letzten fünf Jahre. Sie ist bereits länger ausgefallen als geplant. Wir stehen heute am Ende einer Wahlperiode, die wir guten Gewissens als eine erfolgreiche und für die Stadtentwicklung fruchtbare Zeit bilanzieren können. Wir – Sie, die Mitglieder des Gemeinderats – haben wichtige Projekte auf den Weg gebracht, vor allem aber Leitlinien für die künftigen Jahre beschlossen. Das ist Ausdruck von politischer Gestaltung als dem vornehmsten Recht des Gemeinderats.

Es ist dies eine beeindruckende Bilanz, weil wir unter zum Teil sehr schwierigen Rahmenbedingungen gearbeitet haben. Zumindest bis zur Hälfte der Wahlperiode hat uns die Finanzsituation fast bis zur Handlungsunfähigkeit gelähmt. Es hat viel Kraft und Zeit gekostet, aus dieser Lage heraus noch Politik gestalten zu können. Der Gemeinderat hat diese Kraft aufgebracht, auch die Kraft zu unpopulären Entscheidungen. Auch dafür gebührt allen Respekt und Anerkennung.